

Buchtitel:

Die Politiker

Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten
der Zweiten Republik

Beitrag:

Hannes Androsch Beitrag von Josef Wysocki

Hannes Androsch

von
Josef Wysocki

Das Interesse an der Politik und die Ausprägung seiner politischen Überzeugung wurde für Androsch bereits durch das Elternhaus und das Milieu seiner Jugendjahre vorgezeichnet.

Beide Elternteile ebenso wie weitere Familienangehörige und Mitglieder des Bekanntenkreises waren schon während der Ersten Republik im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei politisch tätig. Androsch selbst erlebte erstmals als Elfjähriger den Wahlkampf 1949 neben seinem Vater aus nächster Nähe und stand diesem seitdem in vielen der folgenden Wahlkämpfe als Helfer zur Seite.

Als Schüler der Oberstufe reaktivierte er die Floridsdorfer Gruppe des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler und leitete sie bis zur Matura.

Bei Beginn des Studiums an der damaligen Hochschule für Welthandel im Jahre 1956 war es für ihn vorgegeben, Mitglied der Sozialistischen Studenten zu werden. 1960 erfolgte seine Wahl zum Obmann der Wiener Sozialistischen Studenten, und 1962 wurde er Verbandsobmann der sozialistischen Studenten.

Als wegweisender Karriereschritt erwies sich die 1963 erfolgte Berufung zum Sekretär für Wirtschaftsfragen des sozialistischen Parlamentsklubs. Um dieser Stellung willen verzichtete Androsch auf den angebahnten Eintritt in die Daimler-Benz AG in Untertürkheim (BRD).

1966 kandidierte er über Vorschlag des Bezirksobmannes der SPÖ Floridsdorf und späteren Wiener Stadtrats, Ing. Fritz Hofmann, erstmals als jüngster Kandidat für den Nationalrat. Der Wiener Obmann der SPÖ, damals Vizebürgermeister und Finanzstadtrat, Felix Slavik, setzte ihn auf die sogenannte „Restliste“, womit die Chance zum Nachrücken in den Nationalrat während der laufenden Legislaturperiode verbunden war. Diese Möglichkeit ergab sich 1967, als die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Weber, die ihrerseits dieses Mandat von Franz Jonas nach dessen Wahl zum Bundespräsidenten übernommen hatte, bei einer Bergtour tödlich verunglückte. Neben Fritz Hofmann war es vor allem Felix Slavik, dem Androsch die Übertragung des Mandates, das einer Frau vorbehalten bleiben sollte, verdankte. So konnte er mit 29 Jahren als jüngster Abgeordneter ins Parlament einziehen.

Neben der sozialistischen Prägung von Kindheit an war für Androsch die Tatsache bedeutungsvoll, daß er in einem Haushalt selbständiger freiberuflicher Tätigkeit heranwuchs. Seit den frühen vierziger Jahren betrieb sein Vater unter Mithilfe der Mutter in Floridsdorf eine Kanzlei als „Helfer in Buchführungs- und Steuersachen“, die Androsch später übernehmen sollte und die sich heute noch unter der Firmenbezeichnung „Consultatio“ in seinem Mitbesitz befindet. So wurde der Heranwachsende frühzeitig mit den Notwendigkeiten selbständiger Wirtschaftstätigkeit vertraut. Auch die Wahl

eines betriebswirtschaftlichen Hochschulstudiums – wesentlich für seine politische Karriere – ergab sich aus der Berufstätigkeit beider Elternteile.

Die politisch-ideologische ebenso wie die berufliche Orientierung zeigen Androsch also in weitreichender Übereinstimmung mit Elternhaus und Milieu. Seine früh begonnene politische Laufbahn läßt sich als konsequente Fortentwicklung aus diesen Prämissen deuten.

Mit dem Wahlsieg der SPÖ vom 1. März 1970 und der Bildung einer Minderheitsregierung durch Bruno Kreisky bot sich erstmals in der Geschichte Österreichs die Möglichkeit, einen Sozialisten an die Spitze des Finanzministeriums zu stellen. Nach Rücksprache mit mehreren Kandidaten entschied sich Kreisky schließlich für den damals 32jährigen Androsch. Dessen Sachkompetenz und Durchsetzungsvermögen überzeugten ihn umso stärker, als ihn mehrere Angehörige der sozialistischen Führungsspitze, darunter wiederum Felix Slavik, aber auch der Generaldirektor der Österreichischen Länderbank DDr. Franz Ockermüller, für dieses Amt empfahlen. Daß Androsch in der sozialistischen Bewegung zwar vielfältige Beziehungen, aber keine Hausmacht besaß, mag für Kreiskys Entscheidung nicht unbedeutend gewesen sein.

Für Aufgaben und Handlungsspielräume des Finanzministers sind grundsätzlich die Konjunkturverhältnisse von Bedeutung. Sie entscheiden nicht selten den Ausgang von Wahlen. Bei seinem Amtsantritt im Frühjahr 1970 fand Androsch eine Wirtschaft vor, die in Österreich ebenso wie im westlichen Ausland allenfalls wegen gewisser Überhitzungserscheinungen Anlaß zur Sorge bot. Der Konjunktüreinbruch erfolgte im Herbst 1973 als Folge der ersten Erdölkrise. Er unterschied sich von dem – in Österreich ohnehin kaum spürbaren – Einbruch von 1966/67 dadurch, daß er von Androsch und anderen Zeitgenossen schon bald als Ausdruck einer nachhaltigen Verschlechterung des wirtschaftlichen Klimas gedeutet wurde. Ähnliche Entwicklungen hat schon 1972 der Club of Rome vorausgesagt. Die wirtschaftliche Talfahrt erreichte ihren Tiefpunkt im Jahre 1975, als das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,4% schrumpfte.

Die Aufgaben in Androschs Amtszeit als Finanzminister waren neben den konjunkturpolitischen Herausforderungen durch institutionellen Reformbedarf gekennzeichnet. Im Finanzwesen ging es um die Neugestaltung der Einkommensteuer, die Umwandlung der bisherigen Allphasen-Brutto-Umsatzsteuer in die Mehrwertsteuer, die Neuverhandlung des Finanzausgleichs und die Umsetzung des industriellen Arrangements mit der EG. All diese Maßnahmen wurden im Jahr 1972 verwirklicht, das damit als eines der wichtigsten Reformjahre in der Finanzpolitik der Zweiten Republik anzusehen ist.

Im Bankwesen galt es, ein neues legislatives Rahmenwerk zu schaffen, mit dem die im wesentlichen noch auf das deutsche Reichskreditwesengesetz von 1934 zurückgehenden Normen den veränderten Verhältnissen angepaßt werden sollten. Dies geschah mit dem Kreditwesengesetz von 1979.

Die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume unterlagen in einer kleinen und weitgehend offenen Volkswirtschaft stets erheblichen Einschränkungen durch die internationalen Rahmengengebenheiten. Die inneren politischen Handlungsspielräume waren einerseits dadurch begünstigt, daß die SPÖ in dem gesamten fraglichen Zeitraum, abgesehen von der Episode der Minderheitsregierung, über die absolute Mehrheit verfügte. Andererseits aber erforderte die uneingeschränkte Fortsetzung der Sozialpartnerschaft Berücksichtigung. So bestand weiterhin die Notwendigkeit der Konsenssuche und des weitgehenden Verzichts auf kontroverse Lösungen, wie er für die „gemütliche Marktwirtschaft“ in Österreich kennzeichnend ist.

Das zeigte sich beispielsweise bei der sogenannten „Hartwährungspolitik“, als deren Begründer Androsch gilt. Sie bot eine wichtige Antwort auf die stabilitätspolitischen Herausforderungen der Zeit und wurde im Mai 1971 mit der historisch erstmaligen

Aufwertung des Schillings gegenüber dem Dollar eingeleitet, nachdem allerdings gegenüber der Deutschen Mark und dem Schweizer Franken eine Abwertung erfolgt war. Nach der Erprobung mehrerer Alternativen erhielt sie 1976 mit der Orientierung des Schillingkurses an der DM ihre prinzipiell bis in die Gegenwart gültige Form.

Der Einleitung der Hartwährungspolitik mußte eine Kompetenzklärung vorangehen, da bis zu Androschs Amtsantritt die Gestaltung der Wechselkurse als alleinige Aufgabe der Oesterreichischen Nationalbank galt. Gestützt auf das Devisengesetz konnte der neue Finanzminister jedoch seinen politischen Gestaltungsanspruch durchsetzen.

Seine Realisierung wurde nach ersten Gesprächen auf der Ebene von Regierung und Nationalbank unverzüglich im Kreis von Vertretern der Sozialpartner und der Parteien angestrebt (Androsch 1985, 75), um jenen breiten Konsens zu sichern, der in der Zeit der Minderheitsregierung unverzichtbar war.

Diese Bestrebungen wurden aber auch nach Gewinnung der absoluten Mehrheit beibehalten, als es Anfang 1973 um eine weitere geringfügige Aufwertung des Schillingkurses ging. So wurde ein „überlappender Konsens“ ausgehandelt. Da dies ohne Mitwirkung des Regierungschefs geschehen war, zeigte sich dieser ernsthaft verärgert.



Vizekanzler und Finanzminister Dr. Hannes Androsch (links) mit Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, 1977, SPÖ-Regierungsklausur auf dem Kahlenberg

Die Hartwährungspolitik, unterstützt vom ÖGB, aber zunehmend nicht mehr von den anderen Sozialpartnern, vor allem der Industriellenvereinigung und der ÖVP, wurde 1977 zum Gegenstand eines tiefgreifenden Konflikts in der Regierungsspitze. Während nämlich der Kanzler, möglicherweise unter dem Einfluß bestimmter Industrieller, für eine Abwertung des Schillings plädierte, die in Hinblick auf die Leistungsbilanz immerhin überlegenswert erscheinen konnte, widersetzte sich ihm Androsch offen. Da Benya und Waldbrunner ihn unterstützten, mußte der Regierungschef eine Niederlage hinnehmen, die das ohnehin bereits gespannte Verhältnis zu seinem Finanzminister irreparabel belastete. Andere Themen, bei denen es Meinungsunterschiede gab, waren die Führung

der verstaatlichten Industrie, die Energiepolitik, die Finanzierung des Sozialstaates oder die Frage der Quellenbesteuerung von Zinserträgen.

Die Hartwährungspolitik war Bestandteil eines Konzepts, für das Hans Seidel die Bezeichnung „Austrokeynesianismus“ geprägt hat. Androsch selbst hat diese Wortwahl wiederholt als unglücklich bezeichnet und würde „Austromonetarismus“ für ebenso sachgerecht halten, betont aber immer wieder, daß es sich in Wirklichkeit um einen spezifischen „policy mix“ beider Elemente handelt.

Die Handlungsspielräume einer Politik des „deficit spending“ keynesianischer Inspiration bestanden allerdings nur verhältnismäßig kurze Zeit und wurden in den Jahren 1973 und 1974 zurückhaltend, 1975 und 1976 aber so intensiv genutzt, daß das Budgetdefizit in einem Maße zunahm, das zumindest nach den Maßstäben der damaligen Zeit alarmierend war. Im folgenden Jahr, 1977, aber zeigten sich die Grenzen für die Machbarkeit einer primär binnenwirtschaftlich orientierten Beschäftigungspolitik, da nunmehr das Leistungsbilanzdefizit in bedrohlicher Weise zunahm. Die 1966/67 unter anderen internationalen Rahmenbedingungen praktizierte Politik des „Durchtauchens“ erwies sich somit vor allem auch aufgrund des international hohen Zinsniveaus als nicht wiederholbar. Es blieb Androsch also keine andere Wahl als ein budgetpolitischer Kurswechsel. Eingeleitet mit dem Zweiten Abgabenänderungsgesetz, das unter anderem die heftig umstrittene „Luxussteuer“ brachte, führte dieser zu einer deutlichen Reduzierung der Nettoneuverschuldung bis auf 2,6% des BIP 1981 und in der Folge wieder zu einer ausgeglichenen Leistungsbilanz. Diese finanzpolitische Neuorientierung fand Unterstützung durch den ÖGB, der sich unter Anton Benyas Führung lohnpolitische Zurückhaltung auferlegte und zeitweilig sogar Reallohnneinbußen in Kauf nahm.

In dieser Phase war dem Finanzminister von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Handlungsweise aufgezwungen worden, die ihm im Grunde genommen wenig Handlungsalternativen ließ. Sein Verdienst war es jedoch, die Notwendigkeiten klar erkannt, ihnen konsequent entsprochen und die Zustimmung der Sozialpartner erwirkt zu haben.

Das Einvernehmen mit den Sozialpartnern ist ungeachtet aller vielfach bezeugter Härte in der Sache in solchem Ausmaß für Androschs Politik kennzeichnend, daß es bereits früh die Aufmerksamkeit des Regierungschefs weckte (Austrokeynesianismus 1993, 85). Ebenso gelang es ihm, ein gutes Verhältnis auch zu den der ÖVP angehörenden Landeshauptleuten herzustellen.

Für Androschs Führungstätigkeit innerhalb des Finanzministeriums ist die Tatsache von Bedeutung, daß bei seinem Amtsantritt praktisch alle Spitzenpositionen mit Beamten besetzt waren, die der oppositionellen ÖVP entweder angehörten oder ihr aber zumindest nahestanden. Der neue Ressortchef bemühte sich erfolgreich, die Bürokratie seines Hauses – nach seinem Verständnis josephinische Beamte – für sachliche Zusammenarbeit zu gewinnen, und verzichtete weitgehend auf personelle Revirements.

Besondere Aufmerksamkeit widmete Androsch der Tätigkeit als Kommunikator. Dabei ließ er sich von einem streng rationalistischen, nicht fundamentalistisch ideologischen, wohl aber auf Grundwerten beruhenden pragmatisch umzusetzenden Grundkonzept leiten und glaubte an die Möglichkeit, „das Unpopuläre dadurch populär zu machen, wenn man das Unverständene verstanden macht“. Von dieser Überzeugung getragen, kündigte er in den beiden Wahlkämpfen von 1975 und 1979 sogar zusätzliche Belastungen an nach dem Motto: Wahrheit ist auch in der Politik eine starke Waffe, wozu auch Klarheit der Aussagen gehört.

So wie kaum ein anderes Kabinettsmitglied ist der Finanzminister stets als Verhandler gefordert. Androsch verband dabei notorische Härte in essentiellen Positionen mit der

Bereitschaft zu Konzessionen in allen übrigen Bereichen. Das bereits erwähnte gute Einvernehmen mit den Sozialpartnern, aber auch mit den Ländern und Gemeinden als Finanzausgleichspartner kann als Ergebnis dieser Strategie angesehen werden.

Die Rolle als Organisator sah er im wesentlichen in der Vermittlung von Motivation und überließ anderen dann die Aufgabe der Umsetzung. Als Beispiel dieses Vorgehens kann insbesondere die überaus komplizierte Aufgabe der Umstellung der gesamten Finanzverwaltung auf die EDV gelten, die ohne größere Pannen erfolgte.

Bei der Frage nach ganz persönlichen Beiträgen zur Politik ist an erster Stelle die Hartwährungspolitik zu nennen, die wohl ein anderer schwerlich hätte durchsetzen können. Auch die Einführung der Mehrwertsteuer ist in diesem Zusammenhang anzuführen, die zwar einerseits aus sachlichen Gründen dringend geboten erschien, im Grunde genommen aber keinerlei Gruppeninteressen befriedigte, sondern geradezu einhelligen Widerstand provozierte. Bei der Einkommensteuerreform mag die Erfahrung aus der Umwelt selbständiger Wirtschaftstreibender ein individuelles Element dargestellt haben und den vor allem Selbständige begünstigenden Übergang von der Haushalts- zur Individualbesteuerung bestimmt haben. Zu erwähnen sind auch die Sanierung der AUA, der Salinen und des Dorotheums sowie die Privatisierung der vier verlustbringenden Bundesapotheken.

Handlungskalküle, die Bestimmtheit durch Eigen- oder Gruppeninteressen, sind naturgemäß nahezu unmöglich zu rekonstruieren. Eigenem Bekunden zufolge fühlte sich Androsch an keine Gruppe gebunden, sondern bemühte sich zum Wohl der Allgemeinheit um einen Interessenausgleich.

Androsch trat im Jänner 1981 als Finanzminister und Vizekanzler zurück, nachdem die Differenzen mit dem Regierungschef den Bruch unvermeidlich gemacht hatten. Vordringend ging es dabei um die Fortführung der ererbten Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungskanzlei, tatsächlich aber um vielschichtige Konflikte, in denen persönliche Elemente, aber auch grundsätzliche Auffassungsunterschiede in Sachfragen ebenso eine Rolle spielten wie Flügelkämpfe innerhalb der SPÖ. Androsch erschien dabei als Vertreter einer pragmatisch orientierten Gruppe, die ideologische Gesichtspunkte in den Hintergrund drängte.

Anschließend wurde Androsch gemäß den, insbesondere von Benya unterstützten, Vereinbarungen bei seinem Ausscheiden aus der Regierung Generaldirektor der CA. Seine Hauptaufgabe bestand in der Sanierung der ausgedehnten Industriebeteiligungen der Bank. 1988 zwang man ihn, deren Leitung niederzulegen. Der Rücktritt stand in Zusammenhang mit dem Ergebnis gerichtlicher Auseinandersetzungen um Steuerfragen. Aufgrund eines für Androsch günstigen Urteils des Verwaltungsgerichtshofes wird derzeit die Wiederaufnahme dieses Verfahrens betrieben.

Nach dem Ausscheiden aus der CA leitete Androsch als Konsulent der Weltbank eine Mission in Botswana, wo er praktische Erfahrungen der Entwicklungspolitik sammeln konnte. Seither widmet er sich selbständigen Tätigkeiten im Bereich des internationalen Consulting, der Unternehmens- und Personalberatung, der Wirtschaftsprüfung und im Handelsbereich mit Schwerpunkten in östlichen Transformationsländern, wie im Bereich der Vollintegration in die EU.

Im Bewußtsein des allgemeinen Publikums ist Androsch immer noch in hohem Maße präsent. Immer wieder tritt er in den verschiedenen Medien in Erscheinung, und zwar sowohl in Zusammenhang mit historischen Rückblicken als auch mit Stellungnahmen zu Fragen der Tagespolitik, wie zu Fragen längerfristiger Perspektiven.

Sein Bild in der Öffentlichkeit ist in hohem Maße kontrovers. Erbitterter Gegnerschaft steht entschiedene Zustimmung gegenüber. Umfragen ergeben bis zur Gegenwart eine hohe Popularität.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Androsch, Hannes* (1971). Überlegungen zu einer modernen Investitions- und Industriepolitik, in: Festschrift für Karl Waldbrunner, Wien.
- Androsch, Hannes* (1978). Staat, Steuern, Gesellschaft. Wirtschaftspolitik als Gesellschaftspolitik in der Welt von morgen, Wien.
- Androsch, Hannes* (1985). Die politische Ökonomie der österreichischen Währung, Wien.
- Androsch, Hannes* (1985). Karl von Bruck, in: Österreichische Portraits, gemeinsam mit Helmut H. *Haschek*, Salzburg, Wien.
- Androsch, Hannes* (1987). *Conditio Austriae*, in: Österreich – Geschichte und Gegenwart, hrsg. mit Helmut H. *Haschek*, Wien.
- Androsch, Hannes* (1988). Auf der Suche nach Identität, Wien.
- Androsch, Hannes* (1988). Die weiße Magie des Geldes, in: Herbert *Cordt* / Beppe *Mauhart* (Hg.): Zurück in die Zukunft, Wien.
- Androsch, Hannes* (1988). Ein öffentliches Gut besonderer Art, in: M. *Lahnstein* und H. *Matthöfer* (Hg.): Leidenschaft zur praktischen Vernunft – Helmut Schmidt zum Siebzigsten, München.
- Androsch, Hannes* (1989). Zwei Jahrzehnte wechsellvoller Verbundenheit, in: Werner *Clement* und Karl *Socher* (Hg.): Stephan Koren, Wien.
- Weber, Fritz* / Theodor *Venus* (Hg.) (1993): Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis, Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Studienreihe Bd. 1, Wien.

Lebensdaten

1938	am 18. 4. in Wien-Floridsdorf geboren
1956	Matura, Beginn eines wirtschaftswissenschaftlichen Studiums an der Hochschule für Welthandel
1959	Diplomkaufmann
1964	Heirat
1969	Promotion

Berufliche Karrierestationen

1963	Sekretär für Wirtschaftsfragen des sozialistischen Parlamentsklubs
1966	Beeideter Buchprüfer und Steuerberater
1968	Beeideter Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
1968–1970	Staatskommissär-Stellvertreter bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien
1981–1988	Generaldirektor der CA
1988	Entwicklungspolitische Mission in Botswana im Auftrag der Weltbank
Seit 1988	Selbständige Tätigkeit im Bereich des internationalen Consulting, der Unternehmens- und Personalberatung, der Wirtschaftsprüfung und im Handelsbereich

Staatliche Funktion

1966	Kandidatur zum Nationalrat
1967–81	Abgeordneter zum Nationalrat
1970–81	Bundesminister für Finanzen
1976–81	Vizekanzler

Parteilpolitische Ämter

1953–1956	Obmann der Gruppe Floridsdorf des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler
1960–1961	Wiener Obmann des VSStÖ
1961–1962	Stellvertretender Verbandsobmann des VSStÖ
1962–1963	Verbandsobmann des VSStÖ
seit 1964	Mitglied des Bezirksvorstandes der SPÖ Floridsdorf
seit 1984	einer der stellvertretenden Bezirksobmänner
1972–1983	Mitglied des Bundespartei Vorstandes der SPÖ
1974–1981	Mitglied des SPÖ-Parteipräsidiums
1974–1981	Mitglied des Erweiterten SPÖ-Parteipräsidiums
1974–1981	Stellvertretenden Parteivorsitzender der SPÖ